

CONV 251/02

WG V 9

VERMERK

des	Sekretariats
für	die Gruppe V "Ergänzende Zuständigkeiten"
Betr.:	Kurzniederschrift über die Sitzung vom 6. September 2002

**Gedankenaustausch mit der Vorsitzenden der Gruppe "Einzelstaatliche Parlamente",
Frau Gisela Stuart**

Frau Stuart gab einen zusammenfassenden Bericht über die Beratungen ihrer Gruppe, in deren Verlauf Überlegungen in zwei Richtungen entwickelt wurden:

- die Frage der Kontrolle der Exekutive durch die jeweiligen Parlamente - sie betrifft nicht unmittelbar die Union, deren Aufgabe sich darauf zu beschränken hat, die Möglichkeiten für eine solche Kontrolle zu schaffen;
- die Rolle dieser Parlamente bei der Kontrolle der Wahrung des Subsidiaritätsgrundsatzes auf europäischer Ebene; die Kernfrage betrifft hier ein Frühwarnsystem, an dem die einzelstaatlichen Parlamente mitwirken sollten.

Frau Stuart führte aus, dass in ihrer Gruppe keine Fragen zur COSAC oder zu den regionalen Gebietskörperschaften mit legislativen Befugnissen erörtert worden seien.

Bei der Aussprache mit Frau Stuart wurden unter anderem folgende Punkte angesprochen:

- Einige Teilnehmer äußerten Zweifel an der Effizienz eines etwaigen Frühwarnsystems im Sinne des Vorschlags der Kommission, da ihres Erachtens die Anwendung des Gesetzgebungsverfahrens (und somit die Einschaltung des Rates und des Parlaments) sehr oft die

Ursache dafür ist, dass Gemeinschaftsnormen allzu detailliert ausfallen. Um die Grenzen dieser Frühwarnmethode zu veranschaulichen, wurde als Beispiel Österreich angeführt: dort existiert ein allgemeines System der vorherigen Konsultation der Bundesländer, das sich als unzureichend erwiesen haben soll.

- Mehrere Teilnehmer betonten, wie wichtig es sei, die Hauptfunktion der einzelstaatlichen Parlamente, nämlich die Kontrolle der Tätigkeit ihrer Exekutive auf europäischer Ebene, zu stärken. Einige Teilnehmer bemerkten, dass die direkte Übermittlung der Legislativvorschläge durch die Kommission die Wahrnehmung der Kontrolle erleichtern würde.
- Die Problematik einer möglichen Mitwirkung der Regionen mit legislativen Befugnissen bei der Kontrolle der Wahrung des Subsidiaritätsgrundsatzes wurde ebenfalls angesprochen.
- Einige Teilnehmer hoben hervor, dass die von den beiden Gruppen behandelten Themen komplementären Charakter aufwiesen, denn zu einer deutlicheren Abgrenzung der Zuständigkeiten müsse auch eine wirksame Kontrolle durch die Gerichte gehören.

Gedankenaustausch mit dem Leiter des Juristischen Dienstes des Rates, Herrn Piris, zur Frage des gemeinschaftlichen Besitzstands

In der Sitzung der Gruppe vom 17. Juli wurde die Frage angeschnitten, ob der gemeinschaftliche Besitzstand weiterhin "tabu" bleiben oder aber aktualisiert bzw. geändert werden sollte.

Herr Piris erläuterte die Entstehung und historische Entwicklung des Begriffs des gemeinschaftlichen Besitzstands und schloss seine Ausführungen mit dem Hinweis, dass es jederzeit möglich sei, ihn zu ändern oder zu aktualisieren.

Während der Aussprache mit Herrn Piris gingen mehrere Teilnehmer auf die Frage nach den Konsequenzen des Wegfalls einer Rechtsgrundlage für die diesbezüglichen Rechtsvorschriften ein, was den Erlass entsprechender Übergangsbestimmungen erforderlich machen würde.

Ferner wurde die Möglichkeit erörtert, zwischen zwei deutlich getrennten Teilen der Verträge eine Rangordnung einzuführen.

Allgemeine Aussprache

Die Aussprache folgte dem Konzept des vom Vorsitzenden, Herrn Christophersen, vorgelegten Dokuments, das als Fragenkatalog gestaltet worden war, um die Formulierung der Schlussfolgerungen der Gruppe zu erleichtern, sowie des Dokuments von Herrn Altmaier. Letzteres geht von dem in der Gruppe weitgehend mitgetragenen Gedanken aus, für den künftigen Vertrag ein neues Kapitel zum Thema Zuständigkeiten zu verfassen, in dem die allgemeinen Grundsätze und gegebenenfalls besondere Vorschriften für die Ausübung dieser Zuständigkeiten durch die Union dargelegt würden.

Bei der Aussprache

- war festzustellen, dass allgemeines Einvernehmen darüber herrscht, den Begriff der "ergänzenden" Zuständigkeiten zu ändern, da er für die Öffentlichkeit unverständlich ist;
- wurde weitgehend anerkannt, dass eine Flexibilitätsklausel nach dem Muster des derzeitigen Artikels 308 beibehalten werden muss;
- befürwortete eine breite Mehrheit die Aufnahme einer nunmehr als "Christophersen-Klausel" bezeichneten Bestimmung in den Vertrag, die nach Ansicht einiger Teilnehmer eine brauchbare Alternative zu den Vorschlägen bildet, in den Vertrag eine Auflistung von Zuständigkeiten der Staaten aufzunehmen oder gar eine Charta der Rechte der Mitgliedstaaten zu verfassen. Dagegen verlief die Debatte darüber, welche konkreten Bestandteile eine solche Klausel umfassen sollte, ohne Ergebnis. Nach Ansicht der meisten Mitglieder der Gruppe soll die Klausel analog zum derzeitigen Artikel 6 Absatz 3 EUV möglichst kurz und allgemein gefasst werden;
- bestanden weiterhin unterschiedliche Auffassungen darüber, welche praktischen Möglichkeiten es gibt, bestimmte Aktionsarten oder Intensitätsstufen des Handelns der Union an bestimmte Zuständigkeiten zu knüpfen, und nach welchen Modalitäten dies erfolgen soll;
- befürwortete eine Mehrheit die Erhaltung der funktionellen Zuständigkeiten in den Verträgen, zugleich aber auch die Aufnahme einer so genannten "Konkurrenzklausel" in den Vertrag, mit der die Inanspruchnahme derartiger Rechtsgrundlagen kontrolliert werden soll. Bei der Abfassung dieser Klausel sollten die in der Rechtsprechung bereits anerkannten Grundsätze, insbesondere der Begriff des "Gravitationszentrums", berücksichtigt werden;
- wurden die Vorschläge, in der Gruppe die Aufnahme weiterer ergänzender Zuständigkeiten zu behandeln, von mehreren Teilnehmern mit dem Argument abgelehnt, dass damit das Mandat der Gruppe überschritten würde;

- wurde darauf hingewiesen, dass die Fragen im Zusammenhang mit den Handlungsinstrumenten, speziell mit der offenen Koordinierungsmethode, wohl eher in das Ressort der neuen Gruppe "Vereinfachung der Rechtsakte und der Rechtsetzungsverfahren" fallen.

Operative Schlussfolgerungen

- Herr Altmaier wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit Herrn Ponzano bis zur nächsten Sitzung der Gruppe einen Entwurf für eine "Konkurrenzklausele" vorzulegen.
 - Die Mitglieder können ihre Beiträge im Hinblick auf die Ausarbeitung eines Berichtsentwurfs durch den Vorsitzenden in der Woche vom 9. bis 13. September dem Sekretariat übermitteln.
 - Der Berichtsentwurf des Vorsitzenden wird den Mitgliedern im Laufe der letzten Septemberwoche zugeleitet. Er wird von der Gruppe in ihrer nächsten Sitzung am 7. Oktober geprüft, damit er in der Sitzung am 30. Oktober angenommen werden kann.
-